

»Kurzer Draht zu den Bürgermeistern«

SPD-Landtagskandidat Ernst-Wilhelm Rahe will erneut direkt in den Landtag einziehen



Von Kathrin Kröger

Tengern(WB). Manchmal hat man den Eindruck, er ist in seinem Wahlkreis omnipräsent. SPD-Landtagsabgeordneter Ernst-Wilhelm Rahe liebt seine Heimat und nimmt rege teil an allem, was in den acht Kommunen passiert. »In jeder Stadt oder Gemeinde bin ich in mindestens einem Verein Mitglied«, sagt der 58-Jährige. Am 14. Mai will er ein zweites Mal für die Sozialdemokraten in den Landtag einziehen.

Für seine Region will Rahe von Düsseldorf aus auch in der nächsten Legislaturperiode etwas bewirken. In den fünf Jahren am Rhein ist die Landeshauptstadt dabei immer reiner Arbeitsort geblieben. »Vielleicht bin ich sechs Mal in der Altstadt gewesen in all der Zeit, meist mit Besuchergruppen. Ich hab da ein Zimmer und eine Stammkneipe, das war's«, sagt der SPD-Politiker, der schon 1976 in die Partei eintrat. Zunächst aus Ärger darüber, dass ihn jemand für die Junge Union anwerben wollte, wie er schmunzelnd erzählt. In Tengern lebt »Ewi« mit seiner Frau Anja in seinem Elternhaus, die Kinder sind mittlerweile alle aus dem Haus. Seit sage und schreibe 1693 lässt sich die Familienlinie Rahe im südlichsten Teil der Gemeinde verorten.

Dass »die in Düsseldorf« nichts für den ländlichen Raum täten, hat der Sozialdemokrat (Listenplatz 18) in den zurückliegenden fünf Jahren so manches Mal zu hören bekommen. Rahe hält dies für eine un gerechtfertigte Sicht der Dinge und nennt fünf Landesprojekte, von denen der Kreis Minden-Lübbecke profitiere: 1. das Bochumer Modell, also die Mediziner Ausbildung an den Mühlenkreiskliniken durch die Kooperation mit der Ruhr-Universität (»Besser als der ganze Unsinn einer medizinischen Fakultät in Bielefeld.«), 2. die Breitbandversorgung (»Der Kreis ist jetzt mit 27 Millionen in der großen Förderung drin.« – Anm. d. Red.: Zwölf Millionen Euro kommen vom Land, 15 Millionen Euro vom Bund), 3. das Landesprogramm Vital NRW zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zur Förderung des Ehrenamtes in den Kommunen (»Da sind nun die Städte und Gemeinden gefragt.«), 4. Regionale 2022 (»Da kommt ein dreistelliger Millionenbetrag in die Region.«) und 5. »it's OWL«, ein Technologie-Netzwerk in der Region, das vom Land gefördert wird.

Rahe betont, dass er parteiübergreifend einen kurzen Draht zu den Bürgermeistern und Rathäusern in seinem Wahlkreis habe. »Von mir bekommen die Kommunen sehr schnell Infos aus Düsseldorf, wenn es etwas Neues gibt, das sie betrifft.« In kommunale Entscheidungen jedoch habe sich ein Landespolitiker nicht einzumischen – auch wenn das immer wieder erwartet werde. Die Finanzlage der Kommunen sei schwierig, räumt Rahe ein, »aber sie ist in den Städten, wo es große soziale Probleme gibt, noch deutlich schwieriger als hier«. Weniger Schlüsselzuweisungen bekämen jene Städte und Gemeinden, die wirtschaftlich stark seien und eine hohe Steuerkraft hätten. »Da kann man sagen schade, aber man kann auch sagen Gott sei Dank«, sagt Rahe und verweist auf das Konnexitätsprinzip, das zwar in NRW, aber nicht im Bund gelte. »Wenn wir im Land etwas gesetzmäßig fest schreiben, müssen wir es auch bezahlen, damit die Kommunen nicht belastet werden.«

Eine Unterfinanzierung durch Ausgaben für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sieht Rahe nicht mehr. Statt einer ungleichen Verteilung der Gelder gebe es seit 2017 eine monats- und personenscharfe Abrechnung. Seine große Kritik betreffe einen anderen Bereich: »ein Wust an Regelungen seitens Bamf und Ausländeramt«. »Mit dieser Bürokratie verschwenden wir die Zeit dieser jungen Leute. Nur da ist das Land nicht drin.« Die SPD fordere schon seit langem ein Gesetz, das die Zuwanderung regelt, »damit nicht Leute Asyl beantragen müssen, die nach Deutschland kommen, um hier zu leben und zu arbeiten«. Dies werde jedoch verweigert. In dem derzeitigen gesellschaftlichen Klima, so Rahe, werde alles, was pro Flüchtling sei, sehr kritisch betrachtet. Mit der Angst der Bürger Politik zu machen, wirft der Landtagskandidat der CDU beim Thema »Polizei und Innere Sicherheit« vor. Er wünsche sich auch mehr Personal bei der Polizei im Kreis und würde auch nachts den Wachhabenden in Lübbecke nicht abziehen. Es bestehe aber kein Problem mit der inneren Sicherheit. »Ich will die Situation nicht verharmlosen, aber wir haben eine verhältnismäßig niedrige Kriminalitätsrate.« Von der Gewerkschaft der Polizei sei der gute Vorschlag gekommen, in den Verteilungsschlüssel auch das Alter der Beamten miteinzubeziehen.
